

ROT HEUTE

AUSGABE NR. 2 | SOMMER 2018

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



SPD-FRAKTION IN KLAUSUR



KLAUSUR

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich vom 21. bis 23. Mai in Klausur begeben. In Etelsen beschlossen die Abgeordneten insgesamt 14 Initiativen. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf dem Bereich Wohnungsbau.

Zum Thema Wohnungsbau beschlossen die sozialdemokratischen Abgeordneten ein ganzes Antragspaket, das sich mit unterschiedlichen Aspekten der Baupolitik beschäftigt. Ebenso beschlossen sie unter dem Überbegriff „Bremen und Bremerhaven – ein Zuhause“ ein Bündel

von Anträgen, unter anderem soll es etwa einen eintrittsfreien Tag in öffentlichen Museen geben. Auch Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik standen auf der Agenda, ebenso wie die Besuche von Bürgermeister Carsten Sieling und der SPD-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles.

SEITEN 2-7 & 12

THEMEN

SEITEN 2-4:

BAUPOLITIK

Wohnungsbau ist
Schwerpunkt auf Klausur



SEITE 8:

GESUNDHEIT

Notfallversorgung soll
verbessert werden



SEITE 9:

BAUPOLITIK

Wohnraumschutzgesetz
beschlossen



SEITE 12:

SOZIALES

Existenzminimum muss
zum Leben reichen!



INHALT

SEITE 04: KLAUSUR 2018

Schwerpunkt Wohnen:

Schutz vor Kriminalität &

1.000 zusätzliche Wohnheimplätze

SEITE 05: KLAUSUR 2018

Freier Eintritt in Museen &

Freies WLAN für Gröpelingen

SEITE 06: KLAUSUR 2018

Gewerbeflächen, Nachbarschaftsfeste &

Drittes Gleis nach Bremerhaven

SEITE 07: KLAUSUR 2018

Bessere Bezahlung für

Grundschullehrkräfte & Fraktionspreis

SEITE 08: AKTUELLES

Nofallversorgung verbessern &

Nachtragshaushalt

SEITE 09: AKTUELLES

Wohnraumschutzgesetz &

Abschied aus der Fraktion

SEITE 10: AKTUELLES

Attraktiver ÖPNV für Arbeitnehmer &

Reformationstag wird Feiertag

SEITE 11: FRAKTION VOR ORT

Der Rote Bus & Der Rote Sitz

SEITE 12: SOZIALES

Existenzminimum fair berechnen!

DIE SPD-FRAKTION ONLINE



WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

WOHNUNGSBAU IST EINE SOZIALE FRAGE

KLAUSUR

SPD-FRAKTION SETZT KLARE SCHWERPUNKTE

„Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Herausforderung unserer Zeit“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Gerade in Städten und Ballungsräumen fehlen Wohnungen, und die Nachfrage wird immer größer. In der Folge steigen die Mieten weiter an – für viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ist das mittlerweile ein existenzielles Problem.“

Das Thema Wohnen war aus diesem Grund ein Schwerpunkt der SPD-Fraktion auf ihrer Klausur in Etelsen. „Wir haben uns der Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln genähert und in den Anträgen konkrete Maßnahmen beschlossen“, sagt Tschöpe und zählt auf: „So wollen wir etwa die Sozialbauquote angehen, die wir



Björn Tschöpe

einerseits erhöhen, andererseits aber auch so ausgestalten wollen, dass sie gezielter auf eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile hinwirkt. Wir wollen außerdem das Instrument der Erbpacht nutzen,

um gerade jungen Familien den Kauf eines Eigenheims zu ermöglichen. Wir wollen aber auch den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu einem zentralen Ziel der Stadtentwicklung machen. Und schließlich wollen wir die Planung für 1.000 zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende konkret angehen und fragen nach, wie der Planungsstand bei derzeit ungenutzten, für die Schaffung von Wohnraum geeigneten Gebäuden wie dem Bundeswehrhochhaus oder der Scharnhorst-Kaserne ist.“

Alle diese Anträge hätten gemeinsam, dass sie in absehbarer Zeit umsetzbar seien, erklärt der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende. „Wir haben in den vergangenen Jahren vieles auf den Weg gebracht. Wir stellen in Bremen Bauflächen zur Verfügung. Wir sorgen zum Beispiel mit der Sozialquote für bezahlbaren Wohnraum. Wir unterstützen mit einem Förderprogramm insbesondere junge Familien beim Kauf eines Eigenheims. Aber klar ist auch: Die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum sowie eine bessere soziale Durchmischung der Ortsteile wird auch in den kommenden Monaten und Jahren eine zentrale Herausforderung und Aufgabe sein.“

NEUER WEG BEI DER SOZIALBAUQUOTE

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verkauft die Stadtgemeinde Bremen größere öffentliche Bauflächen nur noch mit der Auflage, dass 25 Prozent des dort entstehenden Wohnraums an Menschen mit B-Schein-Berechtigung zu vermieten sind – mit entsprechend niedrigen Mieten. Solche Sozialquoten gibt es auch in Berlin und Hamburg, und dort wurden sie inzwischen sogar auf 30 Prozent angehoben.

Bremen soll diesem Beispiel folgen und die Quote auf 30 Prozent anheben, hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausur beschlossen. Zugleich spricht sie sich aber auch dafür aus, die Quote zu differenzieren. So soll der Senat, basierend auf den Sozialindikatoren, ein Abschlagssystem entwickeln. Das heißt: In Ortsteilen mit starker sozialer Belastung soll die Sozialquote geringer ausfallen, in bessergestellten Stadtteilen wird sie im Gegenzug erhöht, damit die Quote auf die gesamte Stadt gerechnet das Niveau von Hamburg oder Berlin erreicht.

„Wir sind in einer Situation, in der die Ortsteile immer weiter auseinanderdriften“, sagt SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe. Städte würden zunehmend zu Lebensräumen von Vermögenden einerseits und

andererseits von Menschen, deren Wohnkosten von Transferleistungssystemen, letztlich also vom Staat, übernommen würden. Diese Menschen lebten aber nicht so sehr zusammen an einem Ort, sondern vielmehr in unterschiedlichen Stadtteilen, die immer stärker sozial voneinander abgegrenzt seien. „Unser Ziel muss es aber nicht nur sein, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, sagt Tschöpe, „unser Ziel muss zudem eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile sein.“

Die von der SPD-Fraktion geplante Differenzierung bei der Sozialbauquote soll zu dieser Durchmischung einen wichtigen Beitrag leisten. Konkret: Dort wo bereits viele Menschen ohne oder mit nur geringem Einkommen leben, soll mehr Zuzug von Menschen mit höherem Einkommen ermöglicht werden. Deshalb wird die Sozialquote hier reduziert. Im Gegenzug soll dort, wo bislang wenige Wohnungen bestehen, die den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, um auch Menschen ohne oder mit geringem Einkommen zu ermöglichen, in diesen Quartieren zu leben.

FAMILIEN UNTERSTÜTZEN – ERBPACHT VERSTÄRKT NUTZEN

Wohnen in den eigenen vier Wänden: Das ist für viele nicht nur ein Traum, sondern auch ein echter Beitrag zur finanziellen Absicherung im Alter. Allerdings können sich gerade junge Familien, die ihr Einkommen nur aus abhängiger Beschäftigung verdienen, diesen Traum immer seltener erfüllen, da ihnen das Eigenkapital fehlt. Die SPD-Fraktion hatte daher bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen ein Förderprogramm aufgelegt, um gerade diese Familien gezielt zu unterstützen. Nun will sie eine weitere Möglichkeit stärker nutzen: Bremen soll Grundstücke vermehrt auf Erbpachtbasis überlassen, statt sie zu verkaufen.

KLAUSUR

Die eigenen vier Wände sind eine wichtige Säule der Altersvorsorge. Doch machen es steigende Grundstückspreise, stark gestiegene Baukosten und veränderte Richtlinien der Banken bei der Kreditvergabe gerade jungen Familien mit mittlerem Einkommen schwer, ihren Traum vom eigenen Haus zu verwirklichen. Das Problem ist häufig das fehlende Eigenkapital. Familien, die ausschließlich von dem leben, was sie als abhängig Beschäftigte verdienen, können dieses Kapital oft nicht aufbringen.

„Man muss es so deutlich sagen: Dadurch verfestigt sich auf Dauer eine Ungleichheit von Chancen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Diejenigen, die erben, können sich ein Haus leisten. Diejenigen, die nur ihr Einkommen zur Verfügung haben, können dies immer seltener. Im Ergebnis führt das dazu, dass gerade diejenigen, die besonders auf selbstgenutztes Wohneigentum als Säule für die Altersversorgung angewiesen sind, oft nicht mehr die Möglichkeit haben, ein

Eigenheim zu erwerben.“ Die SPD-Fraktion hatte bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen etwas unternommen, um diesen Familien zu helfen. Denn das einzige, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beeinflussen können, sind die Kosten, die für den Grunderwerb zu zahlen sind. Bremen hat daher ein Förderprogramm aufgelegt, das Familien mit einem Zuschuss von 15.000 Euro fördert – in bestimmten Stadtteilen, die stark sozial belastet sind. Dadurch sollen nicht nur Familien unterstützt, sondern auch die soziale Durchmischung der betreffenden Stadtteile verbessert werden.

Nun haben die Sozialdemokraten auf ihrer Fraktionsklausur beschlossen, eine weitere Möglichkeit zu nutzen, um die Kosten für den Grunderwerb zu reduzieren: Statt sie ausschließlich zu verkaufen, soll Bremen Grundstücke im öffentlichen Besitz künftig auch vermehrt auf Erbpachtbasis überlassen. Dies würde die Kosten, die für das Baugrundstück aufzuwenden sind, deutlich reduzieren, da „bauwillige“ Familien den Grundstücksverkaufspreis nicht mehr auf einen Schlag am Anfang aufbringen müssen.

„Bremen hat hier eine Möglichkeit, gerade jenen Fa-

milien beim Kauf von Wohneigentum zu helfen, die besonders darauf angewiesen sind. Diese Möglichkeit wollen wir nutzen“, sagt Tschöpe. Der Sozialdemokrat räumt ein, dass Bremen dabei kurzfristig auf Geld verzichten wird. „Das Geld, das die Stadt sonst durch die Verkäufe der Grundstücke erlöst, wird wegfallen“, sagt Tschöpe. „Allerdings erhält die Stadt im Gegenzug langfristige Einnahmen durch den Erbpachtzins, der von den Grundstücksnutzern zu entrichten ist. Und nicht nur das: Bremen behält auch langfristig, also nach Ende der Erbpacht, die Verfügungsgewalt über die Grundstücke. Das Modell bietet also Vorteile für beide Seiten – für Bremen ebenso wie für die Familien. Deswegen wollen wir als Fraktion das Instrument Erbpacht verstärkt nutzen.“

Der Senat soll nun nach dem Willen der SPD-Fraktion unter anderem insbesondere in den sozial belasteten Ortsteilen nach geeigneten öffentlichen Flächen suchen, die auf Erbpachtbasis an den Wohnungsmarkt gebracht werden können. Er soll zudem ein Ausschreibungskonzept für drei Pilotflächen entwickeln – und dabei sicherstellen, dass besonders jungen Familien die finanziellen Vorteile auch in vollem Umfang zugutekommen. Und er soll auf einer Pilotfläche ein ähnliches Modell wie in Hamburg erproben. Dort zeigen Beispiele, dass sich auf Basis der Erbpacht Bauprojekte mit Investoren realisieren ließen, die langfristig günstige Mieten sicherstellen.



SPD-FRAKTION FRAGT NACH

Bundeswehrhochhaus oder Scharnhorst-Kaserne – in Bremen gibt es einige Gebäude, die leer stehen und die sich für den Wohnungsbau eignen. Dazu zählt etwa auch das ehemalige Hauptzollamt in Walle, das nach dem Auszug der bisher dort untergebrachten Geflüchteten als Wohnheim für Studierende oder Auszubildende eine neue Verwendung finden könnte. Pläne, das Bundeswehrhochhaus und die Scharnhorst-Kaserne zu kaufen, um dort Wohnraum zu schaffen, hatte die Stadt Bremen bereits geäußert. Die SPD-Fraktion will nun in einer auf ihrer Klausur beschlossenen Kleinen Anfrage wissen: Was ist der aktuelle Stand bei diesen Plänen? Was plant der Senat mit dem ehemaligen Hauptzollamt? Und gibt es weitere Objekte im Stadtgebiet, die sich für Wohnzwecke eignen – und wenn ja: Wer sind die Eigentümer?



> WEITERE INFOS UND
DIE ANTRÄGE ZUM
SCHWERPUNKT WOHNEN
[HTTP://TINY.CC/KLAUSUR_WOHNEN](http://tiny.cc/klausur_wohnen)

STADTENTWICKLUNG: SCHUTZ VOR KRIMINALITÄT MITDENKEN

KLAUSUR

Bremen wird sein Gesicht in den kommenden Jahren nachhaltig verändern. Dies geschieht durch die angeschobenen Entwicklungen in der Innenstadt. Es geschieht aber auch dadurch, dass überall in der Stadt neuer Wohnraum und sogar ganze Wohngebiete entstehen. Die SPD-Fraktion will, dass bereits bei der Planung Aspekte wie Sicherheit und Kriminalitätsprävention mitbedacht werden.

Bremen braucht mehr Wohnraum. Darüber herrscht über alle Parteigrenzen hinweg Einigkeit. Einiges ist hier schon unternommen worden. Doch klar ist auch: Bremen muss und wird die Anstrengungen in diesem Bereich weiter intensivieren. Völlig klar ist: Die Stadt wird sich städtebaulich verändern, wenn neuer Wohnraum oder gar ganze Wohngebiete entstehen. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausur nun beschlossen, dass bei all diesen Veränderungen von Anfang an auch der Schutz der Menschen vor Kriminalität mitgedacht werden soll. Konkret: Die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit soll zu einem entscheidenden Faktor bei der Stadtplanung werden.

„Die Kriminalitätsrate in Bremen ist in den vergangenen 25 Jahren um etwa ein Drittel gesunken – und trotzdem müssen wir anerkennen, dass sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen nicht verbessert hat“, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal. „Hierfür gibt es mehrere Gründe, insbesondere tragen dazu aber auch Einbruchsdelikte, Straßenraub und Sexualstraftaten im öffentlichen Raum bei. Darauf müssen wir reagieren.“

Dabei gebe es durchaus einen Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit und Stadtplanung, erklärt Senkal. „Unübersichtliche und schlecht beleuchtete Orte begünstigen Delikte wie den

Straßenraub oder auch Sexualstraftaten“, sagt er. „In jedem Fall können hier auch unabhängig von einer tatsächlichen Gefahr ‚Angsträume‘ entstehen.“

Um dies zu ändern, soll nach dem Willen der SPD-Fraktion ein Fachbeirat „Einbruchsschutz und städtebauliche Kriminalprävention“ ins Leben gerufen werden. Dieser Beirat soll mit Vertretern von Bauwirtschaft, Handwerk, Versicherungswirtschaft und Polizei die Behörden bei der Flächen- und Bauplanung beraten. Der Senat soll zudem prüfen, wie die Anhörung des Beirats formal Eingang in die Erstellung von Bebauungsplänen finden kann, ohne dass dies zu Verzögerungen führt.

Auch der Einbruchsschutz soll verbessert werden. So soll der Senat sowohl in regelmäßigen Gesprächen mit Vertretern der Bauwirtschaft als auch in seiner Funktion als (Mit-) Eigentümer von Wohnungsbau-gesellschaften darauf hinwirken, dass der Einbruchsschutz verbessert wird – etwa, wenn ohnehin Modernisierungen anstehen. So ließen sich auch im Bestand Verbesserungen erreichen, die die Bewohnerinnen und Bewohner wirksam vor Kriminalität schützen.



Sükrü Senkal



1.000 ZUSÄTZLICHE WOHNHEIMPLÄTZE FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

In Bremen und Bremerhaven wohnen derzeit nur etwa sechs Prozent der rund 32.000 Studierenden in einem öffentlich geförderten Studierendenwohnheim. Hinzu kommen zwar noch 1,2 Prozent der Studierenden, die in einem privat betriebenen Wohnheim leben. Insgesamt liegt die Quote damit aber deutlich unter der bundesweiten Versorgungsquote von zehn Prozent. Um zu diesem Wert aufzuschließen, braucht das Land in den kommenden fünf Jahren 1.000 zusätzliche Wohnheimplätze.

Die Bürgerschaft hat dem bereits Rechnung getragen und das Geld für die Planung und den Bau einer Vielzahl von Projekten bereitgestellt. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausur nun einen Antrag

beschlossen, der diese Planung konkretisieren will. Der Senat wird darin aufgefordert, einen auf fünf Jahre ausgerichteten Zeit- und Maßnahmenplan zu erstellen, aus dem die Planungs- und Bauzeiträume ebenso hervorgehen wie die geplante Fertigstellung der Wohnheime für Studierende und Auszubildende. Zudem zeichnet sich ab, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht reichen werden, um die Zielzahl von 1.000 Wohnheimplätzen zu erreichen; bis zu 160 Plätze könnten am Ende fehlen. Wie viele Plätze genau fehlen und wie diese Lücke geschlossen werden könnte, soll der Senat daher ebenfalls darlegen.

Denn für die SPD-Fraktion steht fest: Bremen darf den Anschluss bei bezahl-

barem Wohnraum für Studierende und Azubis nicht verlieren. Denn dies ist ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität bei Studierenden oder Azubis und somit letztlich entscheidend für Bremen als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

„Am Ende profitieren aber nicht nur Studierende und Auszubildende von den Wohnheimplätzen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Die Nachfrage, gerade nach preiswertem Wohnraum und Single-Wohnungen, ist generell hoch – nicht nur bei Studierenden. Die Schaffung von Wohnheimplätzen wird in diesem Segment auch für andere Gruppen für Entlastung sorgen und hat somit auch entspannende Wirkung auf den Wohnungsmarkt insgesamt.“

MUSEEN SOLLEN EINEN TAG PRO WOCHE KOSTENLOS ÖFFNEN

KLAUSUR

Mindestens ein eintrittsfreier Tag in den öffentlichen Museen in Bremen und Bremerhaven pro Woche – das ist das Ziel der SPD-Fraktion. Sie hat daher auf ihrer Klausur einen entsprechenden Antrag beschlossen: Der Senat wird darin aufgefordert, mit den Museen entsprechende Gespräche zu führen.

Kollektives Gedächtnis – was vielleicht ein bisschen hochtrabend klingt, ist in seiner konkreten Ausgestaltung und Wirkung aber von großer Bedeutung für eine Gesellschaft. Was die Bremer einst „buten un binnen“ zusammentrugen, erzählt etwas über die Geschichte unseres Landes, über seine Identität, über das, was Bremen ausmacht.

Die Orte, wo diese Erinnerungen gepflegt werden, sind auch und vor allem Museen. Und die SPD-Fraktion will, dass alle Zugang zu den Orten dieses kollektiven Gedächtnisses haben – unabhängig vom Geldbeutel. „Die staatlichen Museen gehören allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, also sollten auch alle Zutritt haben – unabhängig vom Einkommen oder individuellen Bildungsgrad“, sagt der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela.



Elombo Bolayela

Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll es daher ab dem kommenden Jahr einen Tag in der Woche geben, an dem der Eintritt in alle öffentlichen Museen kostenlos ist. Der Senat soll

dafür die Voraussetzungen schaffen und dabei mit den Museen gemeinsam einen einheitlichen Wochentag festlegen, damit es nicht zu einem Flickenteppich von unterschiedlichen eintrittsfreien Tagen kommt. Zudem sollen mit privaten und freien Museen Gespräche darüber geführt werden, ob und wie sie sich an dem kostenfreien Museumstag beteiligen.

Bolayela ist überzeugt, dass ein solcher eintrittsfreier Tag den Museen neue Besuchergruppen erschließen kann. „In Deutschland gilt ein Museumsbesuch immer noch als elitär, und die Häuser werden deutlich mehr von Akademikern besucht als von weniger gut Gebildeten“, sagt er. „Erfahrungen im In- und Ausland

zeigen, dass ein kostenfreier Eintritt hilft, Schwellenängste zu reduzieren und ‚einfach mal‘ ins Museum zu gehen. Dadurch können auch neue Nutzergruppen wie Bezieher von Sozialleistungen oder Migranten für einen Besuch im Museum gewonnen werden. Und das ist wichtig. Wir wollen die Schwellen verringern und alle einladen, an Kultur teilzuhaben. Die Museen in Bremen und Bremerhaven haben so viel zu bieten – das sollen alle sehen können, unabhängig vom Geldbeutel oder Bildungsgrad!“

> Antrag: Museen sind unser kollektives Gedächtnis – Zugang für alle ermöglichen
http://tiny.cc/museum_frei



Foto: Joachim Kohler Bremen/ wikipedia

DIGITAL GEHT AUCH SOZIAL – FREIES WLAN FÜR GRÖPELINGEN

KLAUSUR

Die SPD-Fraktion setzt sich für ein flächendeckendes WLAN-Netz im Stadtteil Gröpelingen ein: Der Senat soll nun mit der Bremer Freifunk-Initiative Gespräche darüber aufnehmen, wie dies als Pilotprojekt unter Nutzung der vorhandenen öffentlichen und – sofern hier die Bereitschaft besteht – freigemeinnützigen sowie kommerziellen Infrastruktur umgesetzt werden kann.

„Das kann ein wichtiger Beitrag sein, um einen sozial benachteiligten Stadtteil zu unterstützen und den Menschen dort konkret zu helfen“, sagt die Gröpeling SPD-Abgeordnete Petra Krümpfer mit Blick auf den auf der Klausur beschlossenen Antrag. Denn für sie steht fest: „Die sozialen Unterschiede führen auch zunehmend zu einer digitalen Spaltung. Ein flächendeckendes freies WLAN kann ein Baustein dabei sein, diese Spaltung zu überwinden.“

Denn dass die Digitalisierung zu tiefgreifenden Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen führt, ist mittlerweile ein Allgemeinplatz. Allerdings können nicht alle Menschen in gleichem Maße

an diesen Veränderungen teilhaben. Studien zeigen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem sozialen Status und digitaler Distanz oder sogar Abstinenz. Dies hat unterschiedliche Ursachen, ein wesentlicher Faktor ist jedoch zweifellos, dass sich schlicht nicht alle Menschen einen Internetzugang leisten können.

„Unser Antrag hat zum Ziel, diesen Zusammenhang ein Stückweit aufzubrechen“, sagt Krümpfer. „Denn wenn sich die Ungleichheit von Chancen noch dadurch verstärkt, dass Menschen aus Kostengründen nicht online sein können, müssen wir etwas unternehmen. Ein freies WLAN für Gröpelingen bietet hier eine große Chance. Und ich freue mich, dass wir als SPD-Fraktion dies nun angehen wollen.“



Petra Krümpfer

> Antrag: Digital geht auch sozial – Freies WLAN für Gröpelingen
http://tiny.cc/wlan_groepelingen

PLATZ FÜR ARBEITSPLÄTZE – GEWERBEFLÄCHEN WEITERENTWICKELN

KLAUSUR

Bremens Wirtschaft entwickelt sich positiv. Damit dies so weitergehen kann, brauchen die Unternehmen aber vor allem eines: Platz. Die SPD-Fraktion hat daher auf ihrer Klausur einen Antrag beschlossen, der eine stetige Weiterentwicklung des Gewerbeflächenangebotes fordert.

„Die Weiterentwicklung des Gewerbeflächenangebotes gehört zu den zentralen Herausforderungen für unser Bundesland: Wir müssen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, zu wachsen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken.

Durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die weitere Erschließung des Gewerbeparks Hansalinie, des Bremer Industrieparks und die Entwicklung kleinteiliger Flächen etwa für Handwerksbetriebe, seien bereits wichtige Perspektiven für den Wirtschaftsraum Bremen geschaffen worden, erklärt der Sozialdemokrat und betont: „Auf diesem Weg müssen wir nun weitergehen.“

Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausur in Etelsen daher nun einen Antrag beschlossen, der die weitere Entwicklung von vier Gebieten in den Blick nimmt. So soll der



Dieter Reinken

Senat im Rahmen der Neuaufstellung des Gewerbeentwicklungsplans insbesondere die Gebiete Nord-West-Zentrum, die Airport-Stadt südlich des Flughafens, den Neustädter Hafen und das

GVZ sowie das Güterbahnhofsgelände am Hauptbahnhof in die Erschließungsplanung aufnehmen. Das Gebiet Woltmershausen/Neustadtsbahnhof soll daraufhin untersucht werden, ob es sich zur Nutzung für „urbane Produktion“ eignet und bei positivem Befund ebenfalls in das Gewerbeentwicklungsprogramm einbezogen werden.

„In Bremen kommt es zunehmend zu Nutzungs- und Flächenkonkurrenzen“, sagt Reinken. „Das ist ein Problem, dem wir begegnen müssen. Dabei wird neben der notwendigen Ausweitung der Gewerbeflächen auch der Flächensicherung, der Bestandspflege, der Innenentwicklung und der Nachverdichtung eine immer größere Bedeutung zukommen.“



DOWNLOAD
**> ANTRAG: GEWERBEFLÄCHEN-
 ANGEBOT STETIG
 WEITERENTWICKELN!**
[HTTP://TINY.CC/GEWERBE](http://tiny.cc/gewerbe)

SCHIENENVERBINDUNG BREMERHAVEN-BREMEN SPD-FRAKTION FORDERT EIN DRITTES GLEIS

KLAUSUR

Tausende Menschen nutzen täglich die Bahn zwischen Bremen und Bremerhaven. Die Strecke ist zudem von zentraler Bedeutung für den nationalen und internationalen Warenverkehr in die und aus den Häfen. Die SPD-Fraktion will daher erreichen, dass ein drittes Gleis zwischen Bremen und Bremerhaven gebaut wird. Dafür soll der Senat sich nun bei der Deutschen Bahn einsetzen.

„Die Schienenverbindung zwischen den beiden Städten unseres Bundeslandes ist eine Hauptschlagader des Verkehrs in der Region und ist wirtschaftlich von größter Bedeutung. Zudem ist es auch aus ökologischen Gründen sinnvoll, den ÖPNV auszubauen, um den Autoverkehr

zu reduzieren und die Umwelt dadurch zu entlasten“, sagt der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Holger Welt. Nicht zuletzt für Berufspendler sei die Strecke Bremerhaven-Bremen wichtig – und sie litten häufig unter Verspätungen. „Aus unserer Sicht gibt es daher keine Alternative zu einem dritten Gleis, um Entlastung zu schaffen“, so Welt.

> Antrag: Bahnverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen endlich ausbauen!

http://tiny.cc/gleis_3



Holger Welt

NACHBARSCHAFTSFESTE KÜNFTIG GEBÜHRENFREI

KLAUSUR

Nachbarschaftsfeste spielen eine wichtige Rolle für das Miteinander in einem Quartier. Denn sie fördern das „Wir“-Gefühl der Anwohnerinnen und Anwohner. Die Bürgerschaft hat daher auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, dass der bürokratische Aufwand bei der Organisation solcher Veranstaltungen reduziert wird und keine Gebühren mehr erhoben werden. Dazu der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal: „Wir finden es einfach klasse, wenn auf Privatinitiative Nachbarschaftsfeste oder ähnliches organisiert werden – auch das macht unsere Stadt lebenswert. Daher sollen derartige Straßenfeste künftig gebührenfrei angemeldet werden können.“

BESSERE BEZAHLUNG FÜR LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

KLAUSUR

Die meisten Lehrkräfte an Grundschulen verdienen deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und zum Teil auch an Oberschulen. Zwischen 400 und 500 Euro brutto pro Monat kann dieser Unterschied liegen, der sich durch die Eingruppierung in einer niedrigeren Besoldungsstufe ergibt. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausur nun beschlossen, dass sich dies ändern soll. Auch, um im bundesweiten Wettbewerb um Lehrkräfte attraktiv zu bleiben.

Überall in der Bundesrepublik verschärft sich der Mangel an Lehrkräften. So geht etwa eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung davon aus, dass bis zum Jahr 2025 rund 35.000 Grundschullehrkräfte fehlen. Diese Lücke ergibt sich aus der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die bis dahin neu eingestellt werden müssten und der demgegenüber geringeren Anzahl an Absolventinnen und Absolventen, die dafür zur Verfügung stünden, so die Stiftung.

„Wir sprechen hier also nicht über ein Problem, von dem Bremen allein oder in besonderem Maße betroffen wäre“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Gleichwohl ist dies eine Situation, auf die auch Bremen reagieren muss.“

Dies sei durch erste Maßnahmen, wie etwa die Aufstockung der Referendariatsplätze für angehende Lehrkräfte, schon geschehen, betont der Sozialdemokrat. Doch werde dies allein nicht reichen, um

im Wettbewerb um Pädagogen gegenüber den übrigen nordwestdeutschen Ländern zu bestehen. Um genügend Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven zu gewinnen, müsse man daher auch die bessere Bezahlung insbesondere von Grundschullehrkräften angehen. Genau dies fordert die SPD-Fraktion nun in einem Antrag, den sie auf ihrer Klausur beschlossen hat.

„Uns geht es dabei aber nicht nur um den Fachkräfte-Wettbewerb, uns geht es auch um Gerechtigkeit“, macht Güngör deutlich. Der Hintergrund: Grundschullehrkräfte sind in der Regel in der Besoldungsgruppe A12 eingruppiert, ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und teils auch an Oberschulen aber eine Gruppe höher – das kann pro Monat einen Unterschied von 400 bis 500 Euro Brutto ausmachen.

Dies sei angesichts der weitgehenden Vereinheitlichung der Lehrerausbildung in vielen Bundesländern nicht mehr zu rechtfertigen, sagt Güngör. Zudem sei damit

zu rechnen, dass Gewerkschaften gegen die Ungleichbehandlung klagten, wie dies in anderen Bundesländern schon geschehen sei.



Mustafa Güngör

„Die Bürgerschaft hat vor einem Jahr bereits einen ersten Schritt gemacht und für Lehrkräfte an Grundschulen sowie im Sekundarbereich I in Oberschulen eine Zulage von etwa 90 Euro beschlossen“, berichtet Güngör. „Damit konnte das Gehaltsgefälle bereits ein Stückweit verringert werden. Nun wollen wir den nächsten Schritt gehen und für die gleiche Eingruppierung aller Lehrkräfte sorgen!“

> Antrag: A 13 für Grundschullehrkräfte
<http://tiny.cc/grundschullehrer>



SPD-ABGEORDNETE STIFTEN PREIS FÜR ENGAGEMENT VOR ORT

„Bremen und Bremerhaven – ein Zuhause“: So heißt ein neuer Preis, den die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion ausloben. Auf ihrer Klausur haben sie beschlossen, dass auf diese Weise einmal im Jahr Initiativen, Vereine, Projekte oder Einzelpersonen gewürdigt werden sollen, die sich in besonderer Weise für ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier oder ihre Nachbarschaft engagieren.

Was macht die Lebensqualität von Bremen und Bremerhaven aus? Es ist in erster Linie der Zusammenhalt der Menschen, die in unserem Bundesland leben. Sie sind

diejenigen, die sich auf vielfältige Weise für ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier, ihre Nachbarschaft engagieren. Sie sorgen dafür, dass Bremen und Bremerhaven nicht nur Wohnorte, sondern ein Zuhause sind. Genau dieses Engagement wollen die Abgeordneten der SPD-Fraktion mit dem neuen Fraktionspreis würdigen und unterstützen.

Der Preis soll sich dabei nicht nur an Initiativen, Vereine und Projekte richten, die sich für die Lebensqualität in unseren Städten, Stadtteilen oder Quartieren einsetzen, sondern auch an Einzelpersonen,

die „stillen Helfer“. „Mit diesem Preis verbinden wir ein so einfaches wie wichtiges Ziel: Wir wollen diejenigen stärken, die sich in und für unsere Städte engagieren und damit einen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten – konkret, vor Ort und oft, ohne großes Aufhebens darum zu machen“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Antje Grotheer. „Diese Arbeit ist von ungeheurer Bedeutung. Und daher finden wir: Sie hat unbedingt Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient.“

EINE ANLAUFSTELLE FÜR ALLE MEDIZINISCHEN NOTFÄLLE

Was ist zu tun, wenn es nachts oder am Wochenende gesundheitliche Probleme gibt? Wendet man sich an den ärztlichen Bereitschaftsdienst oder an die Notaufnahme eines Krankenhauses? Viele Betroffene wissen das nicht so genau. Und da sie im Zweifel in die Notaufnahme eines Krankenhauses gehen, sind diese zunehmend belastet. Die SPD-Fraktion will das System daher verbessern, für die Betroffenen einfacher verständlich machen und die Kliniken zugleich entlasten.

In der Theorie ist die Versorgung bei medizinischen Notfällen außerhalb der regulären Sprechzeiten von Arztpraxen klar geregelt: Für nicht lebensbedrohliche gesundheitliche Beschwerden, für die normalerweise eine Arztpraxis aufgesucht würde, ist der Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung zuständig. Rettungsdienst und Notaufnahmen sind für lebensbedrohende Notfallsituationen zuständig. Das Krankenhausstrukturgesetz verpflichtet Kassenärztliche Vereinigungen und Krankenhäuser dabei zur Zusammenarbeit.

„So klar die Regelungen in der Theorie sind, in der Praxis kommt es häufig zu



Steffi Dehne

Problemen“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne. „Viele Patienten sind diese Regelungen nicht bekannt oder sie sind ihnen nicht klar. Und viele Patienten können oder wollen in einem

akuten Fall auch nicht die Entscheidung treffen, wer anhand dieser theoretischen Grenzen für sie zuständig ist. Sie wollen nur eines: schnelle Hilfe.“

Die SPD-Fraktion hat daher nun einen Antrag auf den Weg gebracht, um diese Situation zu verbessern – sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für die derzeit oft überlasteten Notaufnahmen in den Krankenhäusern. „Wir wollen, dass die Notfallversorgung künftig zentral unter einem gemeinsamen Dach organisiert wird“, erklärt Steffi Dehne. „Ziel müssen integrierte Notfallzentren sein, die dann als Anlaufstellen für die Notfallpatientinnen und -patienten dienen – und dies 24 Stunden am Tag und nicht nur außerhalb der üblichen Sprechzeiten wie bislang der Ärztliche Bereitschaftsdienst. In integrierten Notruf-Leitstellen sollen zudem perspektivisch sowohl die Notfalleinsätze bei

lebensbedrohlichen Störungen koordiniert als auch Patienten über die geeigneten Bereitschaftseinrichtungen für nicht lebensbedrohliche Beschwerden beraten werden.“

Der Senat soll sich daher auf Bundesebene für eine entsprechende Reform und die entsprechende Änderung der gesetzlichen Grundlage einsetzen. „Diese neue Organisation kann eine große Hilfe sein“, so Dehne abschließend, „denn die bisherige Aufteilung in zwei Sektoren ist überflüssig und nachteilig für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten.“



DOWNLOAD
**> NOTFALLVERSORGUNG
 DAUERHAFTVERBESSERN**
[HTTP://TINY.CC/NOTFALL](http://tiny.cc/notfall)

Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR GENO UND JACOBS UNIVERSITY

205 Millionen Euro für den Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo), knapp 46 Millionen Euro für die Jacobs University Bremen (JUB): Die Bürgerschaft hat einen entsprechenden Nachtragshaushalt beschlossen. Damit hilft sie den beiden Institutionen auf ihrem weiteren Weg, erwartet von ihnen aber auch eigene Anstrengungen.

Mit den 205 Millionen Euro übernimmt Bremen Schulden des Klinikverbundes, die im Zuge des Teilersatzneubaus des Klinikums Mitte aufgelaufen sind. Zudem wird die Eigenkapitalrücklage erhöht. „Wir entlasten die GeNo und stärken sie finanziell“, sagt der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk.

„Damit versetzen wir den Verbund in die Lage, sich den anstehenden Herausforderungen zu stellen. Für uns ist klar: Das operative Ergebnis muss in den schwarzen Zahlen liegen. Auch bei der Gesamtbilanz muss dies das Ziel sein. Und hier erwarten

wir deutliche Anstrengungen und Vorschläge der GeNo.“

„Unser erstes und vordringlichstes Anliegen ist es, eine hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen – auch in den Medizinbereichen, die nur defizitär zu betreiben sind“, sagt Gottschalk. „Es geht aber auch darum, viele und gute Arbeitsplätze zu erhalten. Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Faktor für Bremen. Krankenhäuser werden hier auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Und wir wollen in einer Situation bleiben, wo wir im Kernbereich der Krankenhäuser als Kommune selbst den Einfluss haben.“

Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion hebt zudem die Bedeutung der Jacobs University hervor. „Sie ist für Bremen eine akademische und wissenschaftliche Bereicherung. Sie ist einer der größten Arbeitgeber in Bremen-Nord. Und ihre Studenten sind Botschafter für Bre-

men in aller Welt“, betont Gottschalk. Die JUB habe sich in den vergangenen Jahren einem tiefgreifenden und erfolgreichen Veränderungsprozess unterworfen. Dies unterstütze Bremen nun, indem das Darlehen der Universität in Höhe von knapp 46 Millionen Euro übernommen werde.

„Diese Investition wird sich auszahlen“, sagt er und verweist auch darauf, dass Bremen durch die Studierenden und Mitarbeiter über den Länderfinanzausgleich jährlich circa 12 bis 13 Millionen Euro erhalte. Gottschalk abschließend:

„Was wir nun beschlossen haben, ist also eine gute Investition, die sich für Bremen und insbesondere für Bremen-Nord lohnen wird!“



Arno Gottschalk

WOHNRAUMSCHUTZGESETZ: WEIL EIN ZUHAUSE KEINE HANDELSWARE IST!

Steigende Mieten und Immobilienpreise auf der einen – ein wachsender Bedarf nach Wohnraum auf der anderen Seite: Rot-Grün hat in Bremen auf diese Entwicklung mit einer Intensivierung des Wohnungsbaus reagiert. Mit dem mittlerweile durch die Bürgerschaft beschlossenen Wohnraumschutzgesetz, das die SPD-Fraktion auf den Weg gebracht hat, soll nun zusätzlich ein Instrument geschaffen werden, um dem – nicht selten spekulativen – Leerstand von Wohnimmobilien, aber auch der zunehmenden Zweckentfremdung von Wohnraum etwas entgegenzusetzen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, macht klar: „Für uns steht fest: Wohnungen sollen ein Zuhause sein, keine Handelsware!“

In Berlin war es schon ein Erfolg. Dort sei es mit einem Zweckentfremdungsgesetz gelungen, 8.000 Wohnungen wieder dem regulären Mietmarkt zur Verfügung zu stellen, erklärt Björn Tschöpe. Rechne man dies auf Bremen herunter, so könnten 300 bis 500 Wohnungen so wieder auf den regulären Mietmarkt zurückgeführt werden. Valide amtliche Zahlen gebe es hier zwar nicht, so der SPD-Fraktionsvorsitzende weiter, gleichwohl ließen sich auf den einschlägigen Internetseiten rund 200 Wohnungen finden, die ausschließlich für Beherbergungszwecke verwendet würden.

Neben dem Leerstand, der an vielen Orten in der Stadt zu beobachten sei und zumindest teilweise auf der Spekulation mit Grundstücken und Häusern basiere, habe vor allem auch die dauerhafte Zweckentfremdung von Wohnraum negative Auswirkungen auf das Mietniveau.

Ziel des Gesetzes sei es, Zustände wie etwa in Berlin, wo Ferienwohnungen zu einer extremen Belastung des Mietmarktes führten, gar nicht erst entstehen zu lassen, erklärt Björn Tschöpe. Mehr Profit durch tageweise als durch normale



Vermietung – diesem Geschäft, das inzwischen auch Makler für sich entdeckt hätten, solle damit in Bremen ein Riegel vorgeschoben werden. Allen, die sich mit dem Gedanken trügen, dieses Geschäftsmodell umzusetzen, solle deutlich gemacht werden, dass dies in Bremen zukünftig nicht mehr so einfach sein werde.

„Uns geht es dabei nicht darum, sogenannte Homesharing-Modelle zu dämonisieren. Aber unter dieser Überschrift versammeln sich mittlerweile eben auch knallharte, profitorientierte Geschäftsmodelle, die mit der ursprünglichen Idee des ‚Teilens‘ oder ‚Kennenlernens anderer Menschen und Kulturen‘ nichts mehr zu tun haben. Da geht es dann nicht um Altruismus, sondern darum, dass es lukrativer erscheint, Wohnraum nicht regulär sondern als Feriendomizil zu vermieten – also am Ende schlicht um Profite auf Kosten der Kommunen und derjenigen, die ein vernünftiges Mietniveau wollen. Wo das hinführen kann, lässt sich in vielen Großstädten im In- und Ausland beobachten“, betont Tschöpe.

Die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum sei eine der wichtigsten politischen Aufgaben, so Tschöpe abschließend. „Unsere erste Priorität ist es dabei, Wohnraum zu schaffen. Aber ich bin überzeugt, dass wir mit dem nun beschlossenen Gesetz ein Instrument vorgelegt haben, das geeignet ist, zusätzlichen Wohnraum in Bremen bereitzustellen – indem wir regulieren und Zweckentfremdungen beenden.“

DOWNLOAD



> ANTRAG:
WOHNRAUM SCHÜTZEN – LEERSTAND
UND ZWECKENTFREMDEUNGEN BEENDEN
[HTTP://TINY.CC/WOHNRAUMSCHUTZ](http://tiny.cc/wohnraumschutz)

ABSCHIED NACH MEHR ALS DREI JAHRZEHNEN IM FRAKTIONSBURO

Nach 33 Jahren ist Schluss: Rosemarie Kovač hat sich Ende April nach jahrzehntelanger Tätigkeit für die SPD-Bürgerschaftsfraktion in den Ruhestand verabschiedet.

Es war im März 1985, als sie hier ihre Tätigkeit begann, zunächst als Bürogehilfin. In den folgenden Jahren bildete sie sich dann zur geprüften Sekretärin weiter und arbeitete ab 1990 im Sekretariat des wissenschaftlichen Dienstes. Dort unterstützte sie mehr als zweieinhalb Dekaden lang sowohl die Abgeordneten



als auch die Kolleginnen und Kollegen im Büro. Und in dieser Zeit erlebte sie acht Vorsitzende, 21 stellvertretende Vorsitzende und sechs Geschäftsführer in der Fraktion. Dabei war Rosemarie durchaus auch eine Pionierin: Sie befasste sich schon früh mit dem Bereich EDV und gestaltete die „digitale Revolution im Fraktionsbüro“ maßgeblich mit.

Jetzt bleibt nur noch eins zu sagen: Liebe Rosemarie, wir wünschen dir alles Gute im neuen Lebensabschnitt!



BUS UND BAHN SOLLEN FÜR ARBEITNEHMER ATTRAKTIVER WERDEN

Öffentliche Verkehrsmittel sollen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver werden. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag auf den Weg gebracht, mit dem Ziel, dass Gewerbegebiete besser an das ÖPNV-Netz angebunden werden. Außerdem sollen Wege geprüft werden, wie mehr Menschen von den Vergünstigungen des Jobtickets profitieren können.

„Wer die Verkehrswende will, muss insbesondere den Berufsverkehr in den Blick nehmen“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe. Und die Sozialdemokratin sieht hier eine doppelte Herausforderung. „Auf der einen Seite fahren nach wie vor viele Menschen zu ähnlichen Zeiten zur Arbeit und nach Feierabend wieder zurück. Die Folge sind häufig Staus auf den Straßen“, erklärt sie. „Andererseits gibt es aber einen zunehmenden Trend, dass Arbeitszeiten flexibler werden und immer mehr Menschen außerhalb der ‚klassischen‘ Kernzeiten arbeiten. Wenn wir die ökologischen Belastungen

reduzieren wollen, müssen wir für all diese Menschen den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten.“



Heike Sprehe

Die SPD-Fraktion hat daher nun einen Antrag beschlossen, der an unterschiedlichen

Punkten ansetzt, um diese Steigerung der Attraktivität zu erreichen. Zum einen soll der Senat einen Bericht vorlegen, wie und in welchem Umfang Gewerbegebiete wie das Güterverkehrszentrum, der Gewerbepark Hansalinie, der Industriepark oder auch das Bremer Kreuz besser an das Liniennetz angebunden werden können – und welche Kosten damit verbunden wären. „Für viele dort Beschäftigte ist der ÖPNV schon deshalb keine echte Alternative zum Auto, weil diese Gebiete teilweise nur unzureichend angebunden sind“, erklärt Sprehe. „Wird hier die Anbindung verbessert und auch zeitlich an die Bedürfnisse der Beschäftigten angepasst, dann könnten hier neue Kunden gewonnen werden, die in der Folge auf das Auto verzichten und so die Straßen und die Umwelt entlasten.“

Auch beim Faktor Kosten will die SPD-Fraktion Verbesserungen erreichen: Der Senat soll mit der BSAG Gespräche darüber führen, wie mehr Menschen in den Genuss des – gegenüber einer regulären Jahreskarte günstigeren – Jobtickets kommen können. Bislang müssen mindestens 50 Be-

schäftigte an diesem Angebot teilnehmen und es dürfen maximal drei Arbeitgeber kooperieren, damit diese Beschäftigtenzahl zustande kommt. Der Senat soll nun in den Gesprächen mit der BSAG erörtern, ob diese Begrenzungen entfallen können oder ob Arbeitnehmer jenseits der direkten Arbeitgeber – etwa über Kammern oder Gewerkschaften – ein solches Ticket erhalten könnten. „Für viele Menschen spielt auch der Preis eine entscheidende Rolle“, sagt Sprehe. „Umso deutlicher der Kostenvorteil, desto mehr Menschen werden darüber nachdenken, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Deswegen sollten wir alle Möglichkeiten prüfen, die Tickets für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst günstig zu gestalten. In Kombination mit optimalen Anbindungen wird der klimafreundliche ÖPNV damit weiter gestärkt.“



DOWNLOAD
> JOB-TICKET AUSWEITEN –
GEWERBEGEBIETE BESSER
ANBINDEN
[HTTP://TINY.CC/JOBTICKET](http://tiny.cc/jobticket)

DER REFORMATIONSTAG IST IN BREMEN ZUKÜNTIG EIN FEIERTAG

Der Reformationstag am 31. Oktober ist künftig in Bremen ein Feiertag. Das hat die Bürgerschaft beschlossen. Damit folgt Bremen dem Beschluss aus Niedersachsen und hat damit das Ziel erreicht, bei der Einführung eines zusätzlichen Feiertages eine Insellösung zu vermeiden.

„In den norddeutschen Parlamenten herrschte von Beginn an ein breiter Kon-

sens darüber, dass das Feiertagsgefälle zwischen Nord- und Süddeutschland durch die Einführung eines zusätzlichen Feiertages beseitigt werden soll“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. Dies sei nun mit dem Beschluss der Bürgerschaft umgesetzt worden. Es sei kein Geheimnis, dass es innerhalb der Bremer SPD und innerhalb der ganzen Gesellschaft unterschiedliche Einschät-

zungen darüber gegeben habe, welcher Tag am besten als neuer Feiertag geeignet wäre. „Eine abweichende Regelung zu Niedersachsen wäre aber aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit ihren Pendlerströmen nicht sinnvoll gewesen. Deswegen ist die Entscheidung für einen neuen Feiertag im Gleichklang mit unseren niedersächsischen Nachbarn richtig.“

DIE ROTEN VOR ORT: UNTERWEGS IN BREMEN UND BREMERHAVEN



Frank Schildt und Bernd Ravens mit dem Roten Bus



Unsere Abgeordneten bei der Gewerbeschau Osterholz

Der „Rote Bus“ hat Unterstützung bekommen: Die SPD-Abgeordneten aus Bremerhaven haben ein neues Gesprächsformat entwickelt – den „Roten Sitz“. Mit ihm touren die Abgeordneten durch die Kneipen der Seestadt.

„Die Idee dazu kam mir in gemütlicher Runde mit Freunden in einer Kneipe. Hier wird oft heftig über Politik diskutiert. Politikern wird dabei vorgeworfen, ihr Ohr nicht nah genug am Volk zu haben. Dem wollte ich entgegentreten. Die Idee beim ‚Roten Sitz‘ ist dabei ganz einfach: Wir wollen nah ran an die Leute. Und wo geht dies einfacher als in Kneipen? Auf dem ‚Roten Sitz‘ nehmen Kneipengäste Platz und kommen so ganz ungezwungen mit uns ins Gespräch“, erklärt Bernd Ravens, der mittlerweile seit über 40 Jahren Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist.

„Inzwischen haben wir einige Termine absolviert und ich kann sagen: Das Format lohnt sich. Zwar müssen wir auch gelegentlich auch Kritik einstecken, aber generell gilt: Wenn man sich die Zeit nimmt, Dinge zu erklären, bei Problemen zu helfen und auf Fragen einzugehen, verstehen die Leute uns Politikerinnen und Politiker viel besser – und stellen fest, dass wir eben nicht 'die da oben' sind. Im Gegenteil: Wir sind auch nur Menschen und wollen das Beste für Bremerhaven und Bremen“, so das Mitglied der SPD-Fraktion weiter.

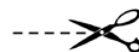
Unabhängig vom „Roten Sitz“ tourt auch der „Rote Bus“ weiter durch Bremen und Bremerhaven. In den Sommermonaten stehen dabei vermehrt auch Stadtteilstellen auf unserem Bus-Linienplan, um dort über die Arbeit der Fraktion zu informieren, aber auch Anregungen, Sorgen und Probleme von Bürgerinnen und Bürgern aufzunehmen.

Unter anderem war kürzlich die Gewerbeschau Osterholz eine der ‚Bus-Haltestellen‘. „Die zwei Tage Präsenz haben sich für uns in jedem Falle gelohnt. Wir haben gute Gespräche geführt und konnten einigen Bürgerinnen und Bürgern konkret weiterhelfen. Unsere Politik den Menschen direkt zu erklären, ist wichtiger Teil unserer Arbeit“, so Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Wann und wo Sie mit unseren Abgeordneten reden können, finden Sie jederzeit auf unserer Homepage oder vor Ort auf Hinweisschilder. Wir freuen uns auf Sie!



FRAKTION VOR ORT: TERMINE UND ORTE
SPD-FRAKTION-BREMEN.DE/FRAKTION-VOR-ORT



SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
LAND BREMEN

FRAKTION FREI HAUS!

UNSERE POLITIK IM ABO

IHRE / EURE ANGABEN:

ROT HEUTE

Magazin der SPD-Fraktion
Erscheinungsweise: vier Mal jährlich

per E-Mail (PDF)

☐

per Post

☐

FRAKTIONSVERANSTALTUNGEN

Einladungen zu Veranstaltungen

☐
☐

PARLAMENTSTICKER

Aktuelle Infos aus dem Parlament
Erscheinungsweise: drei Mal monatlich

☐

PRESSEMITTEILUNGEN

Aktuelle Infos der SPD-Fraktion

☐

IHRE / EURE ADRESSE*:

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Die ausgefüllte
Bestellung...

... bitte per Post an:

SPD-Fraktion Bremen
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen

... oder per Fax an:

0421/32 11 20

... oder per Mail an:

spd-fraktion@
spd-bremen.de





ICH BIN DER MEINUNG, DASS...

... das Existenzminimum fair berechnet werden muss – damit es auch wirklich zum Leben reicht!



Klaus Möhle,
Sprecher für Soziales

EXISTENZMINIMUM MUSS ZUM LEBEN REICHEN – DAS IST DAS MINDESTE!

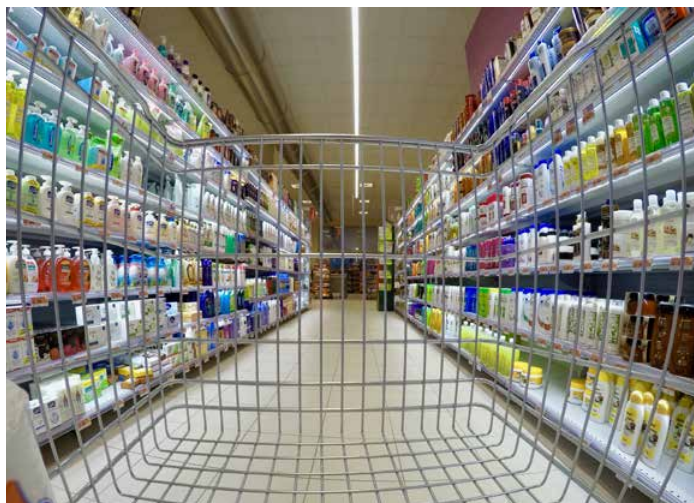
Was genau ist eigentlich das Existenzminimum – also das Mindeste, was man zum Leben braucht? Grundlage für die Berechnung dieses Wertes – und damit auch der entsprechenden Hartz-IV- oder Grundsicherungsregelsätze – ist das Konsumverhalten einer Vergleichsgruppe. Dazu herangezogen werden jene Haushalte, deren Einkommen eine Existenz ermöglicht ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Bei Singlehaushalten sind das etwa die finanziell schwächsten 15 Prozent. „Genau hier liegt das Problem“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, „denn es werden die ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung betrachtet, die keine Sozialleistungen beziehen – unabhängig davon, ob sie einen Anspruch darauf hätten.“

Für Möhle steht fest: „Große Teile dieser Vergleichsgruppe gehören zu den ‚verdeckt Armen‘, deren Existenz finanziell gefährdet ist – und die eigentlich Anspruch auf Unterstützung hätten. Wenn diese Haushalte als Berechnungsgrundlage dienen, dann wird das Existenzminimum zu Ungunsten der Empfänger von Hartz IV oder Grundsicherung im Alter verzerrt – und deckt das Existenzminimum eben nicht mehr ab.“

Unabhängig von der grundsätzlichen Diskussion über die Veränderung des bestehenden Systems sei daher klar: „In einem ersten Schritt müssen wir ganz konkret etwas unternehmen, damit das Verfahren zur Berechnung des Existenzminimums fair gestaltet wird.“

Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausur in Etelsen beschlossen. Darin fordert sie den Senat auf, sich auf Bundesebene für ein faires und der Realität angemessenes Existenzminimum einzusetzen. Ein entsprechendes Verfahren soll mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden abgestimmt werden. Letztere gehen davon aus, dass die durch die bisherige Berechnung entstehende finanzielle Lücke, damit es zum Leben reicht, für erwachsene Einzelpersonen bei bis zu 100 Euro liege.

Möhle: „Das heißt nichts anderes, als dass das finanzielle Existenzminimum für Millionen von Menschen nicht garantiert ist, sie also nicht einmal das Mindeste, was man braucht, zur Verfügung haben!“



Damit der Einkaufswagen nicht leer bleiben muss: Das Existenzminimum soll so berechnet werden, dass es tatsächlich zum Leben reicht!

„Experten gehen davon aus, dass gerade dadurch die Tafeln von so vielen Menschen genutzt werden, weil sie es ermöglichen, bei Lebensmitteln zu sparen, um sich etwas anderes leisten zu können, das ansonsten vom zu gering bemessenen Regelsatz nicht zu bezahlen ist“, so Möhle weiter.

Für den Sozialdemokraten steht daher fest: „Das darf so nicht sein. Wir müssen die Gefahr ausschließen, dass das Existenzminimum durch die Konstruktion zu kleiner oder nicht angemessener Bezugsgruppen unterschritten wird. Für uns steht außer Frage: Das Existenzminimum muss fair berechnet werden – und tatsächlich die Existenz sichern.“

> Antrag: Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen
<http://tiny.cc/existenzminimum>